

Ratssitzung Stadt Dortmund vom 16.12.2021

OB Thomas Westphal:

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3.6:

Barrierefreier Umbau der B1-Haltestellen. Wir haben einen Beschluss zu fassen.

Ich sehe eine **Wortmeldung von Herrn Dudde:**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Mitglieder des Rates. Zunehmend mehr stadtgesehellschaftliche Organisationen melden sich zu Wort und fordern uns auf, die gefasste Entscheidung zum Ausbau der barrierefreien Haltestellen an der B1 zu ändern. Sie fordern eine größere städtebauliche Qualität in dem Wissen, dass der Prozess dadurch sich zeitlich verlängert und auch teurer wird. Sie fordern eine Grundtugend von uns ein, die Grundtugend zuzuhören. Im AKUSW haben die Fraktionen von SPD, CDU und Linke Plus bewiesen, dass sie nicht zuhören können. Auf den Redebeitrag des Vertreters des behindertenpolitischen Netzwerkes, der ausführlich darauf hinwies, dass sie für eine Neuplanung der B1 sind, kam geschlossen die Antwort: „Nein, die Menschen mit Behinderung wollen etwas anderes, wollen die alten Planungen umgesetzt haben.“

Verantwortliche Politik in dieser Stadtgesellschaft geht anders, meine Damen und Herren. Für uns Grüne ist eine der entscheidenden Fragen die Frage nach dem Umgang mit den Bäumen. Hier haben wir die Information und die Diskussion mit den Naturschutzverbänden gesucht. Wir sind dabei zu der Überzeugung gekommen, dass die Neuplanung nicht nur Möglichkeiten bietet, Westfalendamm und Rheinlanddamm als innerstädtische Straßen mit ausreichendem Platz für Fuß- und Radverkehr zu ändern, sondern auch über die Baumallee einen noch größeren Beitrag zur Klimaanpassung und für das städtische Mikroklima zu erzielen als das, was durch die aktuellen Planungen

umgesetzt werden könnte. Dafür müssen vier wichtige Grundsätze umgesetzt werden.

Erstens: Mit dem Wiederaufbau sind bedeutend mehr Standorte für Bäume herzustellen.

Zweitens: Der Neubau bietet die Chance, den Boden auf ganzer Strecke so aufzubereiten, dass er optimale Bedingungen inkl. eines Bewässerungskonzeptes für die Alleebäume bietet.

Die aktuellen Kenntnisse, drittens, über sog. Zukunftsbäume müssen angewendet werden, um möglichst widerstandsfähige Bäume anzupflanzen, die eine größtmögliche Lebenserwartung haben.

Viertens: Das jetzt anfallende Holz darf nicht thermisch verwertet werden, damit das gebundene CO₂ nicht freigesetzt wird.

Anpassung an den Klimawandel und Abmilderung des Klimawandels verlangen uns einiges ab. Auch dass wir manche Themen anders und mit neuen Ansätzen bewerten. Bei diesem Projekt haben wir den Naturschutzverbänden zugehört und von Ihnen gelernt. Mithin werden wir der Neuplanung zustimmen.

OB Thomas Westphal: Danke.

Herr Waßmann hat das Wort:

Herr Oberbürgermeister, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Worum geht es?

Es wird manchmal vergessen, dass es vor allen Dingen um die Belange der Menschen geht, die in ihrer Mobilität oder sensorisch eingeschränkt sind.

§ 8 Abs. 3 des Personalbeförderungsgesetzes gibt vor, dass bis zum 01.02.2022 die Nutzung des ÖPNV vollständig barrierefrei sein muss. Was wurde gemacht?

2016 hat der Rat entschieden, dass die fünf Haltestellen an der B1 barrierefrei ausgebaut werden. Dem vorgelagert waren seit 2012 die Planungen von

DSW21 zur Beschaffung von neuen Wagen und B-Wagen, die einen

barrierefreien Ein- und Ausstieg ermöglichen. 2013 kam man seitens DSW21

mit der Stadtverwaltung überein, dass die Planungen aufgenommen werden. Das führte zum Beschluss des Rates 2016. Im weiteren Verlauf wurde ein zeitaufwendiges Dialogverfahren veranstaltet, in dem die Bürgerinnen und Bürger, Initiativen, Verwaltung, DSW und Politik das Vorhaben diskutierten, Alternativen von Initiativen bewertet und Kompromisse gesucht wurden. Die heute als Alternative B vorliegende Idee war schon damals Gegenstand, wenn auch nicht in Hochglanz aufgehübscht, aber auch damals schon nahezu penetrant und nahezu respektlos anderen gegenüber vorgetragen. Der damals verarbeitete Kompromiss oder erreichte kleinste gemeinsame Nenner der Teilnehmer führte zu einer Bestätigung des Rates der Stadt, die damals einstimmig war, wenn ich es recht erinnere. Wie ging es weiter? Die Verwaltung und DSW21 stimmten das weitere Vorgehen eng miteinander ab. Für die Auslieferung aller Fahrzeuge gibt es vertraglich fest vereinbarte Zeitpläne. Die Beschaffung der Fahrzeuge ist eng mit dem Arbeitsplan der Tiefbauverwaltung für die Barrierefreiheit abgestimmt. Ziel ist es, möglichst bis Ende 2025 die Haltestellen mit hohen Bahnsteigen auszustatten, damit ein optimaler Betrieb mit der nötigen Kapazität auf der Strecke stattfinden kann, die vor allem auch mit Blick auf die positive Entwicklung auf der Stadtkrone Ost relevant ist. Was auch wichtig ist: Manch einer glaubt, dass Umbauprovisorien helfen könnten. Der irrt, denn solche würden von technischen Aufsichtsbehörden nicht zugelassen. Ohne Hochbahnsteige droht das Szenario, dass Menschen zwischen den Haltestellen Märkische Straße und Hauptfriedhof nicht in die neuen oder modernisierten Fahrzeuge ein- und aussteigen können. Schienenersatzverkehre auf der B1 möchten wir uns nicht vorstellen. Neue Planungen würden mindestens zwei bis vier Jahre dauern, auch wenn andere hier fälschlicherweise etwas anderes behaupten. Nachfolgende Planfeststellungsverfahren würden ebenfalls mehrere Jahre beanspruchen und

dagegen ob der Geschichte einem höheren Klagerisiko. Kosten in Millionenhöhe drohen, DSW würde hinsichtlich der Vertragstreue hinterfragt. Fazit: Die CDU-Fraktion stimmt wie bereits im AKUSW der Variante A der Vorlage zu und bekräftigt somit die gültige Beschlusslage des Rates. Die CDU unterstützt damit auch die Arbeit der Planungs- und Tiefbauverwaltung sowie von DSW21, die dieses Projekt im Interesse der Stadt und ihrer Bürger und Bürgerinnen verlässlich bearbeitet.

Ein letzter Satz, vor allem, um an den Anfang zu kommen:

Wir sollten nicht aus dem Auge verlieren, um wen es hier geht: Es geht um die Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, und denen sollen wir zur Seite stehen und heute die Beschlüsse des Rates bekräftigen. Herzlichen Dank.

OB Thomas Westphal: Das Wort hat Herr Rüter:

Danke, Herr Oberbürgermeister. Auch hier will ich nur kurz unser Abstimmungsverhalten erläutern. Es ist ja schon einiges gesagt worden, auch vom Kollegen Waßmann, es geht hier um den behindertengerechten Ausbau dieser Stationen. Wir hatten eine Beschlusslage, dennoch haben wir uns auch mit dieser Alternative beschäftigt, haben uns diese vortragen lassen, haben darüber diskutiert. Aber wir sind übereingekommen, dass es wichtig für uns ist, die behindertengerechte Ausstattung schnell umzusetzen und die Bäume so weit wie möglich bewahren zu können in ihrer jetzigen Größe und in ihrer jetzigen Funktion und nicht diesen Entwurf zu verfolgen, diesen Alternativentwurf, der mit vielen Jahren Verlängerung und auch mit Mehrkosten verbunden wäre. Also bleiben wir auch bei der Beschlusslage und werden der Vorlage unter A zustimmen. Danke.

OB Thomas Westphal: Herzlichen Dank. Das Wort hat Herr Gebel:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,
wir stimmen auch der bisherigen Variante, der Variante A zu. Wir haben uns das nicht leicht gemacht, wir haben uns diese Variante der Initiative angesehen. Es gab vorher ja auch eine andere Initiative, die ist schon in den Kompromissvorschlag der Verwaltung eingeschlossen einerseits, andererseits stimmt sie jetzt auch der Verwaltungsvorlage zu. Wir entsprechen dem also. Auf der anderen Seite muss man auch sehen: Ich habe es selten erlebt, dass man eine gute Sache dadurch schlechter macht, dass man die Ratsmitglieder regelrecht mit E-Mails bombardiert. Das hat eine Form angenommen, die es einem tatsächlich verleiden konnte, sich mit diesem eigentlich sehr spannenden, sehr interessanten und unglaublich wichtigen Thema zu befassen. Die Argumentation, die dort teilweise zum Tragen kam, die sehen wir an anderer Stelle viel besser aufgehoben. Wenn es darum geht, die B1 insgesamt irgendwann einmal umzugestalten, weil dann vielleicht gar keine Fahrbahnen mehr an der Oberfläche sind, dann reden wir da über ganz andere Möglichkeiten und dann können wir das gerne alles wieder aus der Schublade holen. Bis dahin bleiben wir bei der Variante A. Danke schön.

OB Thomas Westphal: Vielen Dank. Das Wort hat Herr Kauch:

Meine Damen und Herren. Herr Waßmann hat völlig Recht. Ich will es nochmal ein bisschen zuspitzen: Wer Klimaschutz will, sollte den öffentlichen Nahverkehr in Dortmund nicht über Jahre sabotieren. Das ist nämlich genau der Punkt. Es ist ein interessanter Vorschlag, aber er ist einfach jetzt viel zu spät. Das Thema, das angesprochen wurde, mit den E-Mails, dort möchte ich auf einen Umstand hinweisen, wo ich auch den Oberbürgermeister bitten möchte, das mal im Blick auf die Rechtmäßigkeit zu prüfen. Mir geht es nicht um Zuschriften von Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, auch nicht um

Verbände aus Nordrhein-Westfalen, die sich engagieren wollen, aber dass wir gestern oder vorgestern eine E-Mail bekommen haben, vom Vorstand der Bundesstiftung Baukultur ist schon ein bemerkenswerter Vorgang. Ich hab mal in das Gesetz zur Errichtung dieser Bundesstiftung geschaut, und dort steht ausdrücklich drin, dass diese Bundesstiftung nicht zu stadtgeseftlichen Projekten Stellung zu nehmen hat. Die Ausflucht ist, es ist ja quasi eine Bundesbahn und deshalb bundespolitisch. Das würde ich vonseiten der Stadt zurückweisen und würde Sie bitten, dort auch nochmal tätig zu werden. Vielen Dank.

OB Thomas Westphal: Herzlichen Dank. Die E-Mail ist mir persönlich nicht bekannt, aber wir schauen uns das an.

Weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt nicht, dann können wir zur Beschlussfassung kommen:

Sie haben ja eine entsprechende Vorlage bekommen mit der Darstellung, die, wie wir jetzt eben in der Debatte schon gehört haben, zwei Beschlussvarianten enthält, nämlich einmal die Variante A mit der Weiterverfolgung der bisherigen Planungsvariante und die Variante B, die Neuplanung des Stadtstraßenraums. Ich lass das jetzt entsprechend so abstimmen: Ich frage, wer der Vorlage mit der Variante A zustimmen möchte. Den bitte ich um das Handzeichen.

Danke schön.

Dann die Gegenprobe, wer für die Variante B ist, bitte ich um das Handzeichen. Dann war das Erste, Variante A eine deutliche Mehrheit, weil für die Variante B dann ausschließlich die Fraktion Bündnis 90 die Grünen gestimmt hat. Herzlichen Dank dafür.